



In Oslebshausen will das Unternehmen Alstom eine Bahnwerkstatt bauen. Leserinnen und Leser protestieren unter unterschiedlichen Vorzeichen dagegen.

FOTO: SINA SCHULDIT/DPA

Zum Artikel „Auf der Suche nach den Toten“ vom 16. Mai:

Fass ohne Boden

Großflächige Schlacke-Aufspülungen, vermutlich aus dem Hafen und der Weser der 30er- und 40er-Jahre. Das ist ein Fest für jeden Altlastengutachter, und es wird finanziell für Bremen ein Fass ohne Boden werden. Aber wahrscheinlich schließt die Umweltbehörde unter Senatorin Schaefer auch hier beide Augen ganz fest!

BIRGIT HEIDORN, BREMEN

Nicht aufgearbeitet

Nichts soll offenbar der Ansiedlung einer Bahnwerkstatt des früheren Unternehmens Linke-Hofmann-Busch, das heute als Alstom firmiert, entgegenstehen. Linke-Hofmann-Busch hat selbst Zwangsarbeiter beschäftigt und es bis heute unterlassen, seine Geschichte aufzuarbeiten. Linke-Hofmann-Busch hat zahlreiche der Güter- und Viehwaggons im „Dritten Reich“ hergestellt, mit denen die menschenverachtende Logistik der Nazis erst ermöglicht wurde. Diese Fahrzeuge sind das Symbol von Verschleppung, Vertreibung und die Todesfahrten zu den Konzentrationslagern. Wo bleiben Politikerinnen und Politiker wie Wargalla und Gunggör, die zu Recht rassistisches Fehlverhalten hart und konsequent anprangern? In dieser Frage sind beide erstaunlicherweise ruhig.

Erst unterlässt es Bremen, nach dem richtigen Standort für eine Bahnwerkstatt zu suchen und das Thema zur Chefsache zu machen, dann werden deutsche Gesetze und internationale Abkommen bis zur Unkenntlichkeit gebeugt. Das ist staatliche Willkür, um dem Schienenfahrzeughersteller Alstom den roten Teppich auszurollen. Wo hat sich die Opposition in der Bremischen Bürgerschaft versteckt?

ERIK SOMMER, BREMEN

70 Namen gefunden

Der Begriff „Russenfriedhof“ ist ein Relikt aus dem Sprachgebrauch des Rassenwahns. Für diese Klarstellung kann man Leserbriefschreiber Thomas Toussaint nur danken. Zu den drei großen Lagern im heutigen Bereich Riedemannstraße habe ich 1992 ein Gutachten verfasst, in dem das Gräberfeld der sowjetischen Kriegsgefangenen eine herausgehobene Bedeutung hatte. Erinnerungen, die mir Oslebshausen zugänglich gemacht hatten, ruhen im Staatsarchiv. Peter Michael Meiners fand mein Gutachten und hat sich die immense Arbeit gemacht, das Archiv der Russischen Föderation (obd-memorial.ru) nach Insassen des Kriegsgefangenenlagers Grambker Heerstraße zu durchsuchen.

Die Dokumentation erbrachte eine Anzahl von knapp 70 verscharrten sowjetischen Kriegsgefangenen. Begraben waren an der heutigen Reitbrake unter anderem der Russe Pawel Gaponow, der auf dem Transport vom 6. Juni 1942 vom Stammlager XD nach Wietendorf umkam, Kazimir Partasch, ein 23-jähriger Deutscher aus Königsberg, der im Mai 1942 an Rippenfellentzündung starb, und der Ukrainer Arsentij Laschko, gestorben am 26. Oktober 1944. Seine Todesursache wird mit Vergiftung angegeben. Alexandr Baidow, am 6. August 1900 in Belarus geboren, starb am 25. Juli 1942. Seine Kameraden haben ihn in Reihe 3, Grab 30, begraben. Er war eines der ältesten Opfer.

HARRY WINKEL, BREMEN-OSLEBSHAUSEN

Zum Leserbrief „Kürzere Züge einsetzen“ vom 25. Mai:

Das wäre viel teurer

Ich muss dem Autor leider widersprechen. Mit Einsatz kleinerer Züge können keine Kosten gespart, sondern höchstens die Kosten für den ÖPNV in die Höhe getrieben werden. Erstens gibt es außer den heutigen Großraumwagen keine kleinen Züge mehr, wie der Leserbriefschreiber sie von vor dem Kriege kennt. Sie müssten also neu bestellt und gefertigt werden. Das kostet Zeit und Geld. Zweitens müsste er sich daran erinnern können, dass seinerzeit diese kleineren Züge mit drei bis vier Personen Personal besetzt waren, nämlich mit einem Fahrer und pro Wagen einem Schaffner. Das wären also entsprechend höhere Personalkosten, wobei das weitere Personal in den Betriebshöfen noch nicht mitgerechnet ist.

AUGST DESIRÉ BREMEN

Zum Artikel „Zukunft für das Blechhaus“ vom 9. Mai:

Relikt des Autokults

Das Parkhaus für Autos – ein Relikt aus vergangenen Zeiten, wo das Auto noch Konjunktur hatte und Automobilität großgeschrieben wurde. Vorhandene Parkhäuser sollten entweder ganz abgerissen, oder, wie im Artikel beschrieben, umgenutzt werden. Zum Beispiel auch für Fahrräder. So weit so gut, und teilweise auch beschrieben. Wenn da nicht der letzte Satz wäre! Der ignoriert jede neue Forschung zum Verhalten von Kunden und Kundinnen! Zufußgehende und Radfahrende sind die besseren Kundinnen und Kunden, vor allem beim Einzelhandel!

Wenn wir also nicht noch mehr große flächenfressende Einkaufszentren auf dem Land wollen, wo sich dann die vielen Autos treffen können auf riesigen Parkplätzen, und wenn nicht noch mehr Menschen aufs Land ziehen sollen, weil es in den Städten nicht mehr lebenswert ist wegen der parkenden und fahrenden Autos, und täglich zur Arbeit pendeln, auch mit Autos, dann müssen wir umdenken. Dafür, dass vorhandene Autos aus unserem Wohnumfeld verschwinden, finde ich Parkhäuser auch hervorragend. Aber nicht als erhaltenswürdige Baudenkmäler, um dem vergangenen umweltzerstörerischen Autokult zu huldigen. Wir müssen unsere jahrzehntelangen Fehler erkennen und unser Verhalten ändern. Diese Erde kann gut ohne uns leben, das zeigt diese Pandemie sehr deutlich, aber der Mensch nicht ohne diese Erde.

CORNELIA KNUPFER-SINGH, BREMEN

Zum Artikel „Air France fliegt mit Speiseöl“ vom 19. Mai:

Das gab es schon früher

Der Gedanke, Turbinentriebwerke mit Pflanzenöl zu betreiben, ist nicht neu. Mein Vater war im Krieg Flieger und berichtete mir, dass es für das Düsenflugzeug ME 262 zwei Sorten Treibstoff gab. Er sagte mir: „Die Fässer mit dem Roten Ring waren Diesel, und in den Fässern mit dem Grünen Ring war Pflanzenöl.“ Bei der damaligen Treibstoffknappheit war das eine Möglichkeit, überhaupt starten zu können.

LUTZ WICHMANN, BREMEN

Zum Artikel „Impfzentren kosten 75 Millionen Euro“ vom 26. Mai:

Weitermachen

Das die Impfzentren Geld kosten, dürfte in der Bevölkerung inzwischen angekommen sein. Die Pandemie kostet uns sehr viel Geld, aber das ist gut angelegt. In Bremen sind inzwischen über 40 Prozent zumindest einmal geimpft. Die Inzidenz hat sich dankenswerterweise nach unten verändert. Also sollten die Institutionen weitermachen und nicht auf halbem Weg über Schließungen nachdenken. Zwar haben wir mit der Versorgung mit dem Impfstoff schon eine ganze Weile Probleme, aber nun auch noch darüber nachzudenken, die Impfzentren vor Ende des Sommers zu schließen, dürfte sehr kontraproduktiv sein. Ich hoffe, die Gesundheitspolitiker denken über diese Problematik nochmals genau nach und kommen zu einem anderen Ergebnis.

Sehr erstaunt hat mich außerdem, dass sich die privaten Krankenkassen an den Kosten der Pandemie nur unzureichend beteiligen. Im Blick auf die Bundestagswahl im Herbst würde es allen Parteien, vor allem den Parteien der großen Koalition, gut zu Gesicht stehen, sich diesem Problem zu stellen. Ich bin gespannt, was daraus wohl wird, denn versprochen wird viel, und nach der Wahl geht es in den Koalitionsverhandlungen nur um den Machterhalt, nicht um das Wohl der Bevölkerung.

INGRID PESCHEL, BREMEN

Schlechte Finanzpolitik

Bisher wurden in den Impfzentren etwa 177.000 Menschen geimpft. Rechnen wir mal mit 250.000 bis zum Ende des Sommers, dann kostet eine Impfung dort 300 Euro. In unserer Hausarztpraxis haben wir gestern über 200 Impfungen gegen Corona neben der normalen Patientenversorgung durchgeführt. Wenn wir das 100 Tage machen würden, wären wir bei 20.000 Impfungen. Um 250.000 Menschen zu impfen, bräuchten wir also 12,5 Arztpraxen. Die Kosten dafür lägen bei fünf Millionen und nicht bei 75 Millionen Euro. Nun werden 35 Millionen vom Gesundheitsfonds erstattet, also bleiben 40 Millionen, die wir Steuerzahler aufbringen.

Gleichzeitig machen die Bremer Krankenhäuser der Geno jedes Jahr Millionenverluste und finden kein Personal. Das kann man schon als sehr schlechte Finanzpolitik bezeichnen. Wir hätten 40 Millionen Euro sparen und davon zum Beispiel den Schwestern und Pflegern in den Krankenhäusern das Gehalt während der Corona-Krise verdoppeln können. Auch das im Kommentar zum wiederholten Male angeführte Argument, die Arztpraxen wären mit der Priorisierung am Anfang komplett überfordert gewesen, ist unrichtig. Wir halten uns auch sonst einfach an Gesetze. Wir hätten mit Sicherheit unsere hochbetagten Patientinnen und Patienten schneller durchgeimpft und einige Leben gerettet, als das über die Impfcentren erfolgte.

JENS NIEMANN, BREMEN, HAUSARZT

Zum Leserbrief „Schäden der E-Mobilität“ vom 25. Mai und zum Bildtext „Protest gegen Verbrenner“ vom 27. Mai.

Fremdes Eigentum

Es erstaunt mich immer wieder, wie Politik und angebliche Umweltschützer mit dem Thema E-Mobilität umgehen. Greenpeace-Aktivistinnen erdreisten sich, fremdes Eigentum zu beschädigen unter dem Deckmantel Umweltschutz. Ist es den Aktivistinnen noch nicht ins Bewusstsein gedrungen, welche fatalen Umweltsünden begangen werden, um die E-Batterien herzustellen, genau wie im Leserbrief beschrieben wurde: ökologische Katastrophen in den armen Ländern. Die Entsorgung dieser Batterien: Nur ein Drittel ist recycelbar, der Rest ist Sondermüll – wohin damit? Wieder in ein Bergwerk? Und der Strom für alle diese Fahrzeuge? Vielleicht doch wieder Atomstrom? Warum beantworten Politik und sogenannte Umweltschützer nicht mal diese so wichtigen Fragen?

BIRGIT BÖCKER, BREMEN

Zum Standpunkt „Senatoren in Aufsichtsräten: Wegducken gilt nicht“ vom 22. Mai:

Konsequent privatisieren

Michael Brandt weist auf den Beteiligungsbericht Bremens hin, in dessen Gesellschaften Senatoren und Staatsräte die Aufsichtsratsmandate wahrnehmen, ohne offenbar hinreichend qualifiziert zu sein, bis hin zu der Nichtfähigkeit, Bilanzen lesen und interpretieren zu können. Noch tiefer zu graben, hieße, das gesamte Beteiligungsportfolio Bremens auf den Prüfstand zu stellen, um sich stattdessen auf die Kernpolitikfelder Bremens zu konzentrieren – wie Sicherheit, Inneres, Bildung, Infrastruktur, Wirtschaft, Finanzen, Arbeit und Soziales.

Unter Vernachlässigung dieser Aufgaben werden in nahezu grotesker Weise unternehmerische Beteiligungen betrieben. Bankgeschäft, Transport und Logistik, Wohnungsbau, Nahverkehr, Flughafen, Großmarkt, Krankenhäuser, botanische Gärten, Versorgungsnetze – all das sind staatlichen Aufgaben und daher konsequent zu privatisieren mit dem Resultat: Dynamik, Aufbruch, Attraktivität und Stärkung unseres Lebensmittelpunkts Bremen. Dieser Vorschlag von 2015 war geeignet, die jüngsten, hunderte Millionen teuren Schiefen bei der BLB, Flughafen, Geno, BSAG und BLG zu vermeiden. Ich hoffe, dass die Alarmglocken in unserem Rathaus nicht ungehört bleiben und man sich endlich auf den Weg macht, denn etwas Besseres haben wir Bremer schon verdient.

MARTIN GÖMÖRY, BREMEN

REDAKTION LESERMEINUNG

Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG
Lesermeinung • 28189 Bremen
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.

ANZEIGE

www.bauhaus.info

Wenn's gut werden muss.

In Bremen und Stuhr ab sofort wieder für alle Kunden geöffnet!

BAUHAUS
28307 Bremen-Osterholz (Weserpark), Hans-Bredow-Straße 20
28207 Bremen, Stresemannstraße 14
28816 Stuhr-Groß-Mackenstedt, Drei K Weg 23